

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 43 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Immer noch grosse Sorglosigkeit im Umgang mit der Energie

Die LGU spricht von «herber Enttäuschung» im Zusammenhang mit dem Energiebericht der Regierung

(G.M.) – «Es herrscht in Liechtenstein», schreibt die Liechtensteinerische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) in ihrem Jahresbericht 1989, «eine grosse Sorglosigkeit im Umgang mit Energie vor, welcher von öffentlicher Seite nicht oder kaum entgegen gewirkt wird.» Schon in ihrem «Grünbuch», das die LGU vor gut zwei Jahren veröffentlichte, forderte die Umweltgesellschaft wirkungsvolle Energiesparmassnahmen, die aber bisher offensichtlich noch nicht in die Tat umgesetzt wurden.

Dass «Sorglosigkeit im Umgang mit Energie» vorherrscht, geht nach Angaben der LGU daraus hervor, dass die drohende Klimakatastrophe nicht zur Kenntnis genommen werde oder zumindest kein Umdenken bewirke. Ferner macht sie geltend, dass die Luftverschmutzung, die zum Grossteil mit der Verbrennung von Energien zusammenhänge, ignoriert werde. Und schliesslich gibt die LGU zu verstehen, dass der Landschaftsverfall, beispielsweise durch den geplanten Bau der Rheinkraftwerke oder den Strassenbau sowie die

Errichtung von Stromleitungen, der in Zusammenhang mit der Energieverschwendung stehe, nicht ins öffentliche Bewusstsein gedrungen sei.

«Herbe Enttäuschung»

Ausgehend von diesen Forderungen nach schonungsvollem Umgang mit den natürlichen Ressourcen hält der LGU-Jahresbericht 1989 fest, dass der Energiebericht der Regierung eine «herbe Enttäuschung» gewesen sei. Im Energiebericht hatte die Regierung als Zielsetzung der liechtensteinischen Energiepolitik die folgende Erklärung abgegeben: «Zweck und Ziel einer langfristigen Energiepolitik in unserem Land ist die ausreichende Versorgung und Sicherung von Energie für unsere Wirtschaft und den persönlichen Bedarf unter Berücksichtigung von volkswirtschaftlichen Grundsätzen und der Erhaltung unserer Umwelt.» Obwohl die Entscheidungsfreiheit in Sachen Energie aufgrund der Kleinheit unseres Landes eingegrenzt sei, gilt es nach dem Energiebericht, «die vorhandenen Möglichkeiten der erneuerbaren Energie zu

nutzen und die heute bekannten umweltfreundlichen Energieträger zu fördern.»

LGU fordert Energiesparen

Die LGU legt den Schwerpunkt ihrer energiepolitischen Zielsetzungen, wie aus dem «Grünbuch» hervorgeht, auf das Energiesparen.

In ihrer ersten Bilanz, zwei Jahre nach dem Erscheinen des «Grünbuches», übte die LGU harte Kritik an der Energiepolitik der Regierung, die nach Ansicht der LGU in die entgegengesetzte Richtung steuert, wenn die beginnenden Klimaveränderungen als Ergebnis der Verbrennung von fossilen Energieträgern in Betracht gezogen werde. Eine Umkehr in der Energiepolitik ist gemäss den LGU-Forderungen dringend notwendig, doch folgt die Regierung mit ihrem Energiebericht dieser Aufforderung nicht, was die LGU zu folgender Feststellung veranlasst: «Angesichts dieser Perspektiven muss die staatliche Energiepolitik, die weiterhin einen steigenden Energieverbrauch fördert, anstatt gegenteilige Zielsetzungen zu formulieren und anzustreben, als gescheitert bezeichnet werden.»

Zahlreiche Vorschläge

Von LGU-Seite liegen zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch, wie Energiesparen in die Tat umgesetzt werden könnte.

Zum einen fordert sie eine Änderung des gesetzlichen Auftrags an die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) durch Verpflichtung zur Förderung von Substitution und Einsparen von Elektroenergie, zum anderen Direktzahlungen des Staates an private Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen und andere umweltschonende Energieanlagen sowie zur Umstellung der strombetriebenen Wärmepumpen auf Gas- und Dieselmotoren. Zudem regt die LGU an, Holz-Bio-Gas zur Strom- und Wärmeproduktion zu verwenden, denn aus dem sterbenden Wald würde immer mehr Holz anfallen, das zur Energiebereitstellung verwendet werden könnte. Schliesslich fordert die LGU zum Verzicht auf die Rheinkraftwerke in der vorliegenden Form auf, denn das vorgestellte Projekt weise «weitgehende Mängel bezüglich Grundwasser, aber auch im Hinblick auf den Rhein als Naturlandschaft und Erholungsgebiet auf.»

Sympathische Fürstin im Regionaljournal

Fürstin Marie von Liechtenstein sieht ihre Aufgabe, die durch den Übergang von der Erbprinzessin auf die Fürstin gewichtiger geworden ist, sowohl als politische Funktion als auch im Dienste der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft. Radiohörer haben am Sonntagabend eine sympathische Fürstin gehört, die ohne Zögern ihre Antworten gab, ihre Stellung an der Seite von Fürst Hans-Adam II. betonte, gleichzeitig aber auch ihren Wirkungskreis als Hausfrau und Mutter unterstrich. In den Antworten, die sie auf die Fragen von Dr. Erich Niederer, dem Leiter des DRS-Regionaljournals St. Gallen gab, kam zum Ausdruck, dass die Fürstin nicht neu oder erstmals ihre öffentlichen Funktionen ausübt, sondern schon seit 1984, als die Stellvertretung im Fürstenhaus eingeführt wurde, eine Reihe von verantwortungsvollen Aufgaben übernahm und diese mit Elan und Pflichtbewusstsein ausübte.

Sympathisch wirkte die Fürstin am Radio vor allem bei ihren Aussagen bezüglich ihrer Familie, die sich im wesentlichen nicht von anderen Familien mit beinahe erwachsenen oder erwachsenen Kindern unterscheidet. Die Familie bildet auch jetzt noch den Mittelpunkt, der familientisch jenes Forum, an dem aktuelle Probleme diskutiert und Meinungen ausgetauscht werden.

Fürstin Marie interessiert sich aber nicht nur für den eigenen Wirkungsbereich, sondern ebenso für die politische Situation in unserem Land. Dass Fürst Hans-Adam II. mit ihr die Thronreden bespricht, war wohl für die meisten Radiohörer unbekannt. Aber es ist zweifellos wichtig zu wissen, dass bei solchen grundlegenden Ansprachen auch das «fräuliche Element» eine Rolle spielt, dass die Fürstin ihre Gedanken und Überlegungen ebenfalls miteinbringen kann. Wer die Aussagen der Fürstin, ihre sympathische Art mit dem frischen Ton und der offenen Gesprächsbereitschaft hörte, wird künftig sicherlich daran denken, dass an der Spitze unseres Staates wieder ein Fürstenpaar steht, das gemeinsam zum Wohle des Landes und des Volkes seine Aufgaben wahrnimmt. (G.M.)

Fritz Kaiser kaufte das Kreditkartenunternehmen Diners Club

Verkauf von Diners Club Schweiz durch Kuoni – Übernahme durch die Fritz Kaiser Gruppe (FKG) in Vaduz

Rund zweieinhalb Jahre nach der Übernahme der Kapitalanteile von Diners Club Schweiz trennt sich die Reisebüro Kuoni AG wieder vom aktiven Kreditkartengeschäft. Die Kapitalanteile von Diners Club (Suisse) wurden von der international tätigen Fritz Kaiser Gruppe (FKG), Vaduz, käuflich erworben. Wie es in einer gemeinsamen Erklärung von Kuoni und FKG heisst, bleibt der Verwaltungsratspräsident von Kuoni, Jack Bolli, auch unter der neuen Eigentümerschaft Verwaltungsratspräsident von Diners Club (Suisse).

Auch Hannes Estermann, seit 15 Jahren erfolgreicher Geschäftsführer von Diners Club, bleibt an der Spitze des Unternehmens. Er wird als Vorsitzender der Geschäftsleitung anlässlich der nächsten Generalversammlung zusätzlich zur Wahl als Delegierter des Verwaltungsrates vorgeschlagen. Neu tritt der Gründer und Mehrheitsaktionär der FKG Gruppe, Fritz Kaiser, ebenfalls in den Verwaltungsrat von Diners Club ein.

Die Geschäftsleitung am Sitz des Diners Club in Zürich wird durch Gorm Bjercke im Range eines Direktors verstärkt. Gorm Bjercke stand während 5 Jahren an der Spitze von Diners Club Nordica (in dem die skandinavischen Länder und Finnland zusammengeschlossen sind) und war zuletzt verantwortlich für die Zahlungs- und Reservationssysteme der SAS.

Die neue Eigentümerin von Diners Club (Suisse), FKG, ist ein Verbund von Beratern und Dienstleistungsfirmen, die für namhafte in- und ausländische Unternehmen und Personen in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Strategieberatung, Marketing und Kommunikation tätig

ist. Bekannt wurde die Fritz Kaiser Gruppe (FKG) vor allem durch die Betreuung und Beratung namhafter Sportler sowie als Partner im Marketing- und Kommunikationsbereich der deutschen Automobilindustrie und des Computer-Herstellers IBM.

Die FKG ist für Diners Club (Suisse) seit Jahren beratend tätig und repräsentiert das Kreditkartenunternehmen in Liechtenstein.

Die Reisebüro Kuoni AG hat im Interesse der erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten des Diners Club in Verbindung mit der FKG beschlossen, ihre Kapitalanteile am Diners Club abzutreten. Kuoni wird nach dem Verkauf auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung weiterhin eng mit dem Diners Club Schweiz zusammenarbeiten.

Diners Club selbst wird mit namhaften Schweizer Unternehmen neue Marketingvereinbarungen eingehen, von denen nicht nur neues Wachstum, sondern auch eine wesentliche Verbreiterung des Dienstleistungsangebotes für die Inhaber von Diners Club-Kreditkarten erwartet wird.



Erste Sitzung des neuen Führungsausschusses nach der Übernahme von Diners Club Schweiz durch die Fritz Kaiser Gruppe (FKG). Von links nach rechts: Gründer und Eigentümer der FKG, Fritz Kaiser, alter und neuer VR-Präsident Jakob Bolli, Hannes Estermann und Gorm Bjercke am Sitz der FKG in Vaduz. (Bild: Eddy Risch)

«Im Interesse der erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten»

Kuoni-Sprecher zum Verkauf von Diners Club an die FKG in Vaduz

Zürich/Vaduz, 15. Januar (spk) Rund zweieinhalb Jahre nach der Übernahme der Kapitalanteile von Diners Club Schweiz trennt sich die Reisebüro Kuoni AG wieder vom aktiven Kreditkartengeschäft. Die Kapitalanteile von Diners Club wurden von der international tätigen Fritz Kaiser Gruppe (FKG), Vaduz, übernommen. Dies teilten die Kuoni AG und die FKG am Montag in Zürich mit.

Die Reisebüro Kuoni AG habe «im Interesse der erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten des Diners Club» beschlossen, ihre Kapitalanteile an die FKG abzutreten, heisst es in der Begründung für die Handänderung am Montag weiter. Es gilt jedoch sowohl in der Reisebranche als auch bei den Kreditkarten-Unternehmen als offenes Geheimnis, dass Diners eines der Sorgenkinder war bei Kuoni.

Eine kurze Gemeinschaft

Die gemeinsame Geschichte von Kuoni und Diners schreibt sich kurz und wenig ruhmreich: Am 1. Mai 1987 übernahm die Kuoni AG die Mehrheit von Diners Club Schweiz. In Branchen-

kreisen wurde damals der Umsatz von Diners Club auf 400 bis 700 Mio Franken geschätzt. Insgesamt 80 000 Kreditkarten-Kunden machten von den Dienstleistungen des Diners Club Gebrauch. Nach der Übernahme durch Kuoni zeigte sich jedoch schon bald, dass die gesteckten Expansionsziele, die Kreditkarten-Kunden auf über 100 000 aufzustocken, nicht wie geplant erreicht werden konnte.

Eine halbe Milliarde Franken Umsatz

Peter Oes, Verwaltungsrats-Delegierter der Kuoni AG, erklärte am Montag auf Anfrage, dass die Trennung unter anderem erfolgt sei, weil die erhofften Synergieeffekte ausblieben. Im Rahmen der Konzentration der finanziellen Kräfte habe sich Kuoni daher entschlossen, die Diners-Anteile zu verkaufen.

Die Entwicklung des Umsatzes von Diners Club – im vergangenen Jahr betrug er knapp 0,5 Mrd Franken – ist im Vergleich zu anderen Kreditkarten-Unternehmen ähnlich bescheiden wie der Gewinn: «Im vergangenen Jahr arbeiteten wir knapp kostendeckend», erklärte Diners-Chef Hans Estermann

am Montag gegenüber der spk. Estermann gibt sich jedoch zuversichtlich, dass binnen dreier Jahren wiederum «erfreuliche Ergebnisse» erzielt werden können.

Kooperationen ohne Umsatzgarantie

Für das laufende Geschäftsjahr stehen laut Estermann Investitionen in Höhe von 1,5 bis 2 Mio Franken an. Vielversprechend sei aber auch das Kooperationsabkommen mit dem Schweizerischen Ski-Verband (SSV). Dieser soll dem Diners Club zusätzlich 100 000 potentielle Kunden vermitteln, die allerdings noch nicht als zahlende Kunden bezeichnet werden können. Ein weiteres Akkommen steht mit dem Eishockey-Verband ins Haus.

Dass solche Kooperationsabkommen auch wieder aufgelöst werden können, erlebte der Diners Club bereits zuvor einmal: Der Touring Club der Schweiz (TCS) wechselte nach Angaben von TCS-Pressesprecher Bernard Bickel zur Euro-Card, weil Diners Club schlechtere Konditionen offerierte und überdies weltweit nicht so stark etabliert sei wie die Euro-Card.

Buskonzept 1990 für Stadt Chur

Chur (spk) Der Churer Stadtbus soll wesentlich attraktiver werden: Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat zuhause dem Volksabstimmung einen Kredit von 3,16 Mio Franken für Attraktivitätssteigerungen mit Beginn ab Fahrplanwechsel Ende Mai dieses Jahres.

Anfangs März 1989 hatten die Churer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit einer Differenz von rund 80 Stimmen die Stadtverkehrsinitiative angenommen.

Wie Stadtpräsident Rolf Stiffler an einer Medienorientierung am Montag in Chur sagte, können mit dem Buskonzept 1990 rund 80 Prozent der Ansprüche erfüllt werden.

frick FENSTER
FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS
Geh zum Fenster frick er weiss Bescheid.
ferdinand frick ag
Fenster und Fassadebau
9494 Schaan
Telefon 075 / 2 74 74 Telefax 075 / 2 99 84

Auch Bulgarien gegen KP-Monopol

Sofia (AP) Das bulgarische Parlament hat am Montag die führende Rolle der Kommunistischen Partei aus der Verfassung des Landes gestrichen. Ausserdem billigten die Abgeordneten in Sofia nach eineinhalbstündiger Diskussion die Einsetzung einer Kontaktgruppe, die weitere Verfassungsänderungen diskutieren soll. Eine Abstimmung darüber soll im Februar stattfinden.

Die führende Rolle der KP war in den Absätzen zwei und drei des Artikels eins der Verfassung verankert. Die Streichung war im Dezember des vergangenen Jahres von KP-Chef Petar Mladenow angekündigt worden.